

h.) Roda-
mara, das
um Tatio-
nig unge-
gewandelt
en, die be-
find. Man
oder durch
so daß die
angen wer-
Streit-
igung des
sichern.
Armeeteile,
befinden,
der Armee

h.) Rad-
n verfuhr-
er bei
ultra
dem Rei-
Andoach
Offiziere,
ren. Die
Nähe von

cont griff
nam Alli-
zu kom-
Kriegs-
Lage-
Der Ku-
uppen, die
h. Die
h. Be-
h. febr

ng.

entunter-
antwortung
Verluste an
8. Oktober
mitzahl be-

sich genau
redaktion
englischen
erneuter
ung. Die
8. Oktober
schon am
der eng-
e an Kar-
feine Be-

markt.

werden
im Kriege
und alle
die Bresse
in einen
reidungs-
hon Auf-
heute in
n, insbe-
die über-
Baren-
in unge-
Der Vor-
Prozent.

a Graben
unter an-
ten.

hte Unter-
her unsere
aus und

gefallen.
igen Mi-

ten besten
Morgen-

te. Bestig

Wetwe-

ih sollen

immen --
manns da-
gleiche und

Schuh, der

a dunkler
gegraben

bei denen

itt. Nur
ischen die
dären sie

und zu
reie Zeit
zwischen-

Weiter-

ein eines

Beilage zu Nummer 7 der Volksstimme.

Montag den 10. Januar 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 10. Januar 1916.

Der Krieg...

Einen interessanten Beitrag zur Frage des deutschen Kurbetriebes und Reiseverkehrs im Kriege liefern, wie ein „Privattelegramm“ meldet, die amtlichen Zahlen von Deutschlands größtem Badeort Wiesbaden. Dort wurden als Kurfremde gemeldet in den ersten Kriegsmontaten August 1914 3592, September 2995, Oktober 4394, November 4460, Dezember 4299; dagegen wurden in den gleichen Monaten 1915 hier gezählt: August 9982, September 11206, Oktober 9242, November 6265 und Dezember 5472. Das Jahr 1915 schließt für Wiesbaden mit einer Fremdenziffer von 95 352 Personen ab.

Diese Zahlen beweisen deutlich, daß trotz des Krieges in Deutschland es noch reiche Leute genug gibt, die in der teuren Bäderstadt Wiesbaden Erholung und Verfrischung suchen können. Denn viel arme Kriegerfrauen, die in Wiesbaden Genesung und Erholung suchen, werden wohl in den Zahlen nicht enthalten sein. Dann ist zu beachten, daß diejenigen Herrschaften, die bisher gewohnt waren, an der Riviera oder in anderen feindlichen Bädern des Auslandes einige Monate zu verbringen, in diesem Jahre zu Auslandsreisen die Gelegenheit noch nicht fanden, und darum Deutschlands größten Badeort Wiesbaden aufsuchten. Mehr wohl wegen der persönlichen Sicherheit als der verpönten Internationalität. Schließlich aber sind in den oben angeführten amtlichen Zahlen wohl auch die zur Genesung in Wiesbaden weilenden Verwundeten enthalten, was bei Würdigung des Kurbetriebes und Reiseverkehrs im Kriege nicht unterschätzt werden darf.

Die Ausgleichsstelle im städtischen Brotverteilungsamt.

Vom Magistrat wird uns geschrieben: Die Anforderungen an die Ausgleichsstelle im städtischen Brotverteilungsamt sind in letzter Zeit ganz erheblich gestiegen, dagegen hat die Rückgabe der ersparten Marken bedeutend abgenommen, wie aus folgender Gegenüberstellung ersichtlich ist:

	Brotmarken		Mehlmarken	
	Einnahme	Ausgabe	Einnahme	Ausgabe
September	9314	5184	9529	5367
Oktober	3156	5177	2070	5177
November	3794	8904	6294	2061
Dezember	5400	7347	2800	8707

Bisher ist es der Ausgleichsstelle möglich gewesen, alle an sie gerichteten Anforderungen zu befriedigen. Bei einer weiter sich steigenden Inanspruchnahme wird dies unmöglich sein, wenn nicht im Interesse der Allgemeinheit alle ersparten Brot- und Mehlmarken zurückgegeben werden. Es ergeht daher nochmals an die Mitbürger die dringende Bitte, sämtliche nicht verbrauchten Marken der Ausgleichsstelle zu schicken zu lassen.

Vereinigung deutscher Geologen. Bei regem Besuch aus allen Teilen des Reiches hielt die Geologische Vereinigung für Deutschland unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Steinmann (Bonn) ihre diesjährige Hauptversammlung ab. An den Verhandlungen nahm auch, lebhaft von allen Seiten begrüßt, der soeben aus andersholzbühniger enstlicher Gefangenschaft zurückgekehrte Professor Gärlich (Darmstadt). Es sprachen Dr. Klippel (Weh) über „Die Sedimente der Massetten im Vöhringer Jura“, Geheimrat Steinmann (Bonn) über „Das Gabbro in Vöhringen“, Dr. Hüfner (Wurzburg) über „Die Deutung des Porphyrischen Systems für die Erdgeschichte“, Verg. Dr. Schottler (Darmstadt) über „Neue Funde von trachytischen Vinsandsteinen bei Friedberg, Dungen und Schwalbach in Oberhessen“ und Dr. Bietor (Wurzburg) über „Der Kohlenquarz der unteren Bahn, der Mosel und der Elbe“. Zum Vorsitzenden der Vereinigung wurde für den verstorbenen Geheimrat Lepsius (Darmstadt) Geheimrat Steinmann (Bonn) gewählt.

Kleines Genieleton.

Frankfurter Theater.

Opernhaus. Herr Josef Schwarz von der Berliner Hofoper ist für zwei Gastspiele gewonnen. Western abend sang er den Alceste, am Dienstag tritt er in der „Amelia“ als René auf, also in zwei dramatisch äußerst wirksamen Verdischen Rollen, die besonders an den Darsteller große Anforderungen stellen. Sein Alceste war überaus packend. Zwar hatte er den verwachsenen höflichen Hofnarren in der Rolle etwas zu alt genommen (Breitenfelds Alceste wirkt weniger abstoßend), aber im Spiel war er um so lebendiger. Die kontrastierenden Farben Verdis kamen dabei ganz besonders zur Geltung. Man sah es dem Narren an, wie ihm der Fisch in die Knochen fuhr, der ihn dann fortgeführt peinigete, wie konnte er den Haß gegen den Verführer seiner Tochter heigeln, wie schauerlich klang die Stimme bei dem Schwur der Rache, und doch, — welchen Wohlmut konnte sein großes Organ in die lyrischen Partien legen! Zu dieser prächtigen gefanglichen und darstellerischen Leistung paßten auch die beiden anderen großen Rollen: Herr Sutt als der genussüchtige und liebende Herzog und Herr Heim als der Narren Tochter Gilda. Der Beifall des ausverkauften Hauses wollte denn auch kein Ende nehmen, ein gutes Zeichen für die Dienstag-Vorstellung.

Im Schauspielhaus warb am Samstag und Sonntag Herr Walter Laufs von den Münchener Kammerspielen um Gunst: er ist anscheinend für durchhumoristische Rollen, die bisher Herr Schwarz spielte, in Aussicht genommen. An Derbheit läßt allerdings seine ganze Erscheinung, seine Stimme und Spiel nichts zu wünschen übrig, darum war er der geeignete Vertreter für die Rolle eines halbbastischen russischen Sanhedrins in dem Webedind-Opern „Der Liebestrank“. Vergleichen kann keiner unsterblicher Künstler leisten. Aber sobald eine Rolle aus dem rohen Raturstand des halbwilden hinübertaget ins Bereich der primitiven Empfindsamkeit des behäbigen Pfahlbürgers können Laufsches Vorzüge zum Vorschein kommen. Das zeigte sich ein wenig in der Rolle des Piepenbrint. Als massiver und doch jovialer Bolterer war er recht gut, Gebärden und Mienenspiel famos; aber man stelle sich vor, daß er einen behäbigen Epischer spielen soll, der gutmütig mit armen Reuten umgeht, oder im Vorgimmer hoher Herren um gut Bettler bitten soll? Kann das Schauspielhaus es sich leisten, einen

Aus den umliegenden Kreisen.

Der Kampf um die Macht.

Mit welcher vertierlichen Mitteln zutreiben gekämpft wird, um die Macht in der Gemeinde zu behalten oder an sich zu reißen, geht aus einer Gerichtsverhandlung hervor, die sich am 8. Januar vor der Strafkammer in Darmstadt abspielte. Der Fall hat seinerzeit viel Staub aufgewirbelt und betraf den schon bald 30 Jahre im Dienst befindlichen 67 Jahre alten Bürgermeister And. Kraußmann II. in Dieburg wegen Vergehen im Amt.

Der Angeklagte wird beschuldigt, im November 1914 ein Protokoll der Gemeinderatsitzung durch einen Zusatz in der Weise gefälscht zu haben, daß er in den freien Zwischenraum am Ende des Protokolls und den Unterschriften der Gemeinderäte einfügte, daß ein Betrag von 128 Mark, die ein gewisser Peter Born für vorgelegte Pflegegelder seit Jahren an die Gemeinde schuldete, als uneinbringlich niedergeschlagen wurden.

Der Angeklagte behauptet, daß der Beschluß ordnungsmäßig in der Sitzung vom 3. November erfolgt und dementsprechend von ihm auch sofort eingetragen und von den Gemeinderäten unterschrieben worden sei. Der Gemeinderat Arbeitshausinspektor Lämmernann dagegen erklärte unter Eid, daß er von einem derartigen Beschluß nichts wisse, daß er den Namen Born überhaupt nicht kenne, von der Sache niemals etwas gehört habe. Ihm sei sofort beim Unterscheiden am Abend im Protokoll der Zwischenraum zwischen den Unterschriften aufgefallen und zu seinem Erstaunen sei in der nächsten Sitzung am 16. November der freie Raum durch den erwähnten Zusatz ausgefüllt gewesen. Zur Klärung des ganzen Sachverhaltes ist es nötig, zu wissen, daß schon seit der vor einigen Jahren stattgehabten dritten Wiederwahl des Angeklagten eine starke Gegenpartei besteht, die den Beigeordneten Rädler zum Ortsvorstand wählen wollte, der aber mit etwa 100 Stimmen gegen Kr. unterlag. Zu dieser Gegenpartei gehört auch Lämmernann. Seit dieser Wahl sind schon eine ganze Reihe Angelegenheiten aller Art gegen Kr. bei den Behörden eingelaufen, die aber alle nieder geschlagen wurden. Auch der jetzigen Anklage lagen verschiedene Anklagepunkte zu Grunde, die aber die Staatsanwaltschaft alle bis auf das obige Vergehen fallen ließ. Während nun die meisten der als Reuten vernommenen Gemeinderäte von einem Beschluß über den Fall Born nichts wissen wollen, bekunden andere, darunter auch Parteigegner, daß in einer Sitzung über den Fall gesprochen worden und es wohl möglich sei, daß die Niederschlagung am Ende einer der meist bis 12 Uhr nachts dauernden Sitzungen beschlossen wurde. Die Anklage stützt sich hauptsächlich auf die bestimmten Aussagen des Zeugen Lämmernann, während andererseits feststeht, daß schon am Tage nach der Sitzung, und zwar morgens um 8 Uhr, das fertige Protokoll mit dem Zusatz dem Bürgermeister beigegeben zur Abschrift vorlag und im übrigen ein Motiv, das den Bürgermeister zur nachträglichen Enttötung veranlaßt haben könnte, nicht vorhanden sei.

Eine Reihe früherer Vorgesehter, Kreisräte u. a., stellen Kr. das Zeugnis eines gewissenhaften, pflichtgetreuen Beamten aus, dem sie die Tat nicht zutrauen, obwohl er seit Jahren stark angefeindet war. Kr. war in den letzten Jahren fränkisch und hat freiwillig durch seinen Anwalt in einem Vergleich mit der Gemeinde sich zur Zahlung eines Betrags bereit erklärt (300 Mark), der durch Verschulden seiner Untergebenen in Verlust geraten war. Auch der Zeuge L. wird als wahrheitsgetreuer und bestreuer Beamter geschildert. Der Vertreter der Anklage beantragt die gefällige Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis, während der Verteidiger Justizrat Löb und Rechtsanwalt Neufhäuser für Freisprechung eintreten. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß man den bestimmten Aussagen des Zeugen L. zwar vollen Glauben beimessen könne, daß aber im übrigen mangel jeder Motive für den Angeklagten man sich von einer Schuld

des Angeklagten nicht überzeugen könne. Er wurde von Strafe und Kosten freigesprochen.

Nun kann der Kampf um die Macht in der Gemeinde wieder hurtig weitergeführt werden. Angenehme Zustände sind das nicht!

Fechenheim, 8. Jan. (Amliche Bekanntmachung.) Alle im Jahre 1896 geborenen männlichen Einwohner müssen sich sofort zur Rekrutierungskontrolle anmelden. Die bereits vollzogene Landsturm-Meldung entbindet nicht von der Verpflichtung zur obigen Meldung zur Rekrutierungskontrolle. — (Unternehmer, Zwischenmeister und Arbeiter in der Lederwarenindustrie), die zur Seeressdienstleistung eingezogen sind, und noch unbenuhtes Material, wie Leder, Stoffe und Metalle in ihrer Wohnung lagern haben, werden vom Bürgermeister auf Veranlassung Offenbacher Lederwarenfabrikanten ersucht, solche Bestände dem Bürgermeister zur weiteren Verwertung anzuzeigen. Selbstverständlich erfolgt Vergütung für zur Verfügung gestelltes Material. Anmeldungen umgehend auf Zimmer 3 des Rathauses. — (Schüleranmeldung für die Körnerschule.) Alle südlich der Löhmmings-, Goinngasse und Gartenstraße wohnenden evangelischen Kinder, die bis zum 1. Oktober 1916 das 6. Lebensjahr vollenden, sind vom 17. bis 20. Januar, nachmittags von 3-5 Uhr, in der Körnerschule anzumelden. Geburts- und Impfschein sind vorzulegen.

Fechenheim, 9. Jan. (Unbegrenzter Pflichter) kommt in einer „Bekanntmachung“ unseres Bürgermeisters zum Ausdruck, die sich mit den Einkommensverhältnissen unserer Kriegerfrauen befaßt. Es ist bekannt, daß sich unser Bürgermeister unendlich viel Mühe gibt, die Einkommen, die unsere Unterstützten beziehenden Kriegerfrauen aus Arbeitsverdienst oder aus anderen privaten Zuteilungen haben, festzustellen, um die Unterstützungen aus Gemeindegeldern, unter Umständen sogar die staatliche Unterstützung, zu versorgen. Umsonst wird von der oberen Verwaltungsbehörde aufgefordert, die Grenze, wo die Bedürftigkeit beginnt, nicht zu eng zu ziehen; für die Reichunterstützung sollten sogar Einkommen unter 2000 Mark nicht in Frage kommen. Das hindert aber unseren Bürgermeister nicht, an seiner bisher gelübten Auffassung, Kriegerfrauen könnten es zu unbedientem Rammen bringen, festzuhalten und sich sträuben Beginnenern energisch entgegenzusetzen. Vielleicht sind es auch edlere Motive, die den Bürgermeister zu seinem neuerlichen Vorgehen gegen gewisse Kriegerfrauen bestimmen. Man sieht es am Ende ungern, daß so viele Frauen mit der aufreibenden Arbeit in den Munitionsfabriken ihre Gesundheit schädigen und die erwünschte Volksvermehrung nach dem Kriege darunter leidet. Wer Gelegenheit hat, so manche dem Erwerb nachgehende Kriegerfrau des morgens früh und abends spät zu sehen, mit hohlen, bleichen Wangen, kann sich allerdings des Gefühls nicht erwehren, daß solche Frauen ihrer natürlichen Bestimmung nicht mehr ganz genügen können. Die Sache von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wäre die Einschränkung der Frauenarbeit schon zu begrüßen.

Hanau, 10. Jan. (Das Hanauer Arbeitersekretariat im Jahre 1915.) Das Unternehmen der Hanauer Arbeiterkassette hat im Kriegsjahr 1915 außerordentlich reiche sozialpolitische Arbeit geleistet. Naturgemäß waren es in erster Linie die Kriegerfrauen aus dem Stadt- und Landkreis Hanau, den Kreisen Fechenheim, Schlüchtern, Sulda und den benachbarten heftigen Kreisen, die das Arbeitersekretariat stark frequentierten. Der Kampf um die künftige Kriegunterstützung in den Gemeinden, um die Löhnung der Vermählten und um die Witwen- und Waisenrente für die Hinterbliebenen der gefallen Krieger waren die Hauptaufgaben, die die Frauen zu tun mußten. Gerade in all diesen Fällen hat es sich gezeigt, wie notwendig diese Institution der organisierten Arbeiterkassette ist. Die Berufsangehörigen treiben es nach wie vor bis zum äußersten, ehe den verletzten Arbeitern ihr Recht wird. In Wiesangelegenheiten redete eine Anzahl Hausbesitzer eine Sprache mit den Kriegerfrauen, die geradezu ungeschöblich genannt werden muß. Insgesamt nahmen 2518 Personen das Arbeitersekretariat in Anspruch. Davon entfielen auf Hanau 1310 und auf die Landkreise 1208 Personen. Die erteilten Auskünfte betrafen die Unfallversicherung in 172, Krankenversicherung

am Samstag nur als Herolds Frau auf, die Schnitzler nur Objekt ist, den Don Juan um so besser herauszuheben. In „Stunde des Erkennens“ verdienen noch besonders Hel. Leito als Alara und Herr Kistner als Dr. Ormin hervorgehoben zu werden, die sich in ihren Leistungen durchaus würdig an die Seite Baffermanns stellen. Herr Direktor Hellmer hatte wie gewöhnlich für die entsprechende hübsche Inszenierung gesorgt.

„Immer feste druff“.

Der „Kunstwart“ veröffentlicht im Januar-Heft folgende Zuschrift eines Offiziers:

„Bei meinem mehrwöchigen Kommando nach Berlin besuchte ich verschiedene Theater. Am letzten Tage meines Aufenthalts ging ich in die Operette „Immer feste druff“, denn ich sehe gern einmal Volksstücke, in denen keine Lebenskränkel gelöst werden. Nach einer tüchtigen „Mobilisierungseinführung“, nach einer widerlichen Verführungsorgie mit Alpenalpen im Hintergrund, nach einer Szene, bei der die deutsche Frau eine künftige Rolle spielt, öffnet sich der Vorhang zum zweitenmal. Tofender Jubel, Rucherschwenken, Jauchzen, Lachen des Gefindes zum Fenster hinaus lassen auf einen pöbelhaft gefeierten Sieg schließen — aber nein: unsere Regimenter ziehen durch die Straßen der Stadt ins Feld. Wer von meinem Bataillon hat damals gekocht, wer hat uns zugejuchelt? Hat unser Volk damals vor Freude gelangt, als seine Söhne in Kampf und Tod zogen?

Nun kommt die Fortsetzung, tritt jedem Bediensteten aufs Gesicht, wobei sie ihre rosa wollenen Strümpfe zeigt, und das Publikum juchzt und quiekt vor Vergnügen. Im übrigen soll die Fortsetzung die „Verlinerin“ darstellen, sie benimmt sich zu diesem Zweck gefühllos. Ihr Mann steht „natürlich“ unter dem Pantoffel und zeigt sich als vollendeter Trottel — bis er sich als preussischer Feldwebel vorstellt und mit einer Militärmütze sein Eintrüben bekundet; nicht aus Vaterlandsliebe, sondern um von seiner Frau loszukommen. Er bleibt übrigens im Felde der Trottel und hat ebensolche Mannschaften unter seinem Befehl. Die Feldwebel Uniformen exerzieren wie Wacklappen und tänzeln mit Gewehr über im Operettenschnitt auf der Bühne herum. Es wird einem Soldaten nicht ganz leicht, dem zuzusehen!

Aber dann wird's noch schöner: ein Gefecht mit Operettenmusik (die Paukenschläge bedeuten Kanonenschüsse), ein „lebendes Bild“ zum Verfall: je einem Franzosen und Engländer werden die Hosen geklopft. Aber all das ist noch harmlos gegen die nach der Post eintreffende Nährzene mit Abendrotbefeuchtung, als

Polen und Ukraine.

Ein gelegentlicher Mitarbeiter schreibt uns: Der Reichsraabgeordnete (in Österreich heißt die Volksvertretung Reichsrat, in Ungarn hingegen Reichstag) Dr. Longin Cechelsky hat vor kurzem (September 1915) eine Broschüre herausgegeben unter dem Titel: „Die großen Aufgaben des Krieges im Osten und die ukrainische Frage“, die von der Zentralstelle des Bundes zur Befreiung der Ukraine, Berlin W. 66, Leipziger Straße 131, an M. d. R. usw. verfaßt worden ist. Die Schrift hat nach dem Verfasser den Zweck, die Aufmerksamkeit der Deutschen darauf zu lenken, daß eine Regelung im Osten, die das ukrainische Problem nicht löst, nur eine scheinbare Sicherheit für Deutschland schaffen könnte, in Wirklichkeit aber große Gefahren für Deutschlands Interessen bestehen ließe. Die Schrift bringt ein reiches Zahlenmaterial über Auslands-Bevölkerungs- und Wirtschaftsverhältnisse.

Es ist bekannt, daß die russische Uebersicht im Verein mit dem natürlichen Zuwachs der russischen Bevölkerung im Vergleich zu der Bevölkerungszunahme von Westeuropa die größte Gefahr für die europäische Kultur, für den sozialen Fortschritt und den zukünftigen Frieden bildet. Auch der gegenwärtige Krieg wäre ja nicht entstanden, wenn England und Frankreich, d. h. die Alliierten dieser beiden Länder, die den Krieg schürten, nicht auf Grund der russischen Volkszahl mit der russischen Dampfwalze gerechnet hätten, die erst Österreich-Ungarn und dann Deutschland niedermalzen sollte. Dieses unermeßliche Rußland ist aber kein Nationalstaat, wie die Staaten Westeuropas, sondern wie Österreich-Ungarn und wie früher die Türkei ein Staat mit einem bunten Völkergemisch.

Glücklicherweise sitzen in dem ungeheuren Reich die der mittel- und westeuropäischen Kultur benachteiligten Völker an der Grenze Mitteleuropas mit Rußland. Es sind dies der Bedeutung und der Zahl nach in erster Linie die Polen und die Ukrainer (sonst auch Ruthenen genannt), beide mit einem starken Einschlag Juden, und der Lage nach die Litauer und Letten mit einer insbesondere wirtschaftlich starken deutschen Oberschicht. So wie Polen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn hineintragt, ragt zwischen den oben genannten beiden Gruppen ein vollreicher Stamm — die Weißrussen, oder wie der Abgeordnete Cechelsky als Ukrainer sie genannt haben will, „die Weißruthenen“, hinein. Die übrige Bevölkerung Rußlands bilden die Großrussen im Osten und die Esten und Finnen im Norden.

Teilt man das gegenwärtige Rußland durch eine Linie etwa von Kaja bis Kaspia, so stellt sich die Bevölkerung Rußlands so dar: Nordwärts der Linie leben 78 Millionen Großrussen, die Hauptmasse der russischen Bevölkerung, und 20 Millionen kleinerer nordasiatischer Völker, südwestwärts wohnen circa 30 Millionen Ukrainer, 12 Millionen Polen, 8 Millionen Weißruthenen, 2½ Millionen Deutsche, je circa 2 Millionen Litauer und Letten, 6½ Millionen Juden und je 1½ Millionen Esten, Rumänen, Armenier. Im Südosten haben wir dann noch circa 2 Millionen Georgier. Inmitten der Rumänen gibt es auch einige bulgarische Kolonien.

Der Abgeordnete Cechelsky sieht es nun als selbstverständlich an, daß Deutschland die Ostprovinzen von Rußland abtrennen wird und ebenso, daß es ein Königreich Polen bilden wird, und befürchtet, daß infolge des schwachen Vertrauens der Deutschen mit den osteuropäischen Verhältnissen in Deutschland die Meinung bestehen könnte, damit sei für Mitteleuropas Sicherheit genügend gesorgt, während in Wirklichkeit nur durch eine Teilung Rußlands in der Linie Kaja—Kaspia diese Sicherheit verbürgt werden könnte. Diese Teilung würde die Schaffung eines ukrainischen Staates bedingen, dessen Lebensberechtigung zu dem Zweck der Hauptzweck der Publikation des Abgeordneten Cechelsky ist, die sich außerdem die Aufgabe stellt, den Deutschen zu zeigen, daß nur dieser Staat die absolute Sicherheit des Weges Berlin—Bagdad für Deutschland verbürgen und daß dieser Staat seiner Lage und Wirtschaft wegen noch dem Westen gewinnbringend wäre.

Aber Abgeordneter Cechelsky wendet sich auch gegen die polnischen Projekte Daszynski, Janowski und das der polnischen Publizisten Leon Wasilowski und Zdzislaw S. Studnicki. Daszynski, der bekannte Führer der polnischen Sozialdemokraten in Österreich, will nämlich das Cholmer Land in dem zu schaffenden Polen einbezogen haben, während Herr v. Janowski, Präsident des obersten polnischen Nationalrats, durch den bekannten Vorschlag der österreichischen Polen Kongresspolen mit dem ungeteilten österreichischen Galizien zu einem Königreich unter der habsburgischen Dynastie zu vereinen und Ostgalizien zu dem vorgeschlagenen polnischen Staat hinzuzuschlagen beansprucht. Die beiden oben genannten Publizisten wollen im polnischen Zukunftsstaat außer Ostgalizien-Polen und Galizien auch das Gouvernement Chelm, Wolhynien, Polesien, Wilna, Kiew, Mohilew, Pinsk, Grodno, Smolna, Witebsk und sogar Kurland vereinigt sehen.

Als man daranging, auf dem Balkan neue selbständige Staaten zu schaffen, geschah es meistens Rußlands in der Absicht, sich in diesen neuen Staaten getreue Vasallen zu schaffen, die es dann später als gefügige Sturmböden gegen die Türkei erst und gegen Österreich-Ungarn sodann und damit auch gegen das damit verbündete Deutschland zu benützen beabsichtigte. Diese Satrapien sollten die beiden Großstaaten so lange schwächen, bis es Rußland ein Leichtes gewesen wäre, sich in den ungehinderten Besitz der Meerengen und Konstantinopels zu setzen, das östliche Mittelmeer direkt mitzubeherrschen und im Adriatischen Meer indirekt die Herrschaft auszuüben. Ein weiteres Streben kam später dazu — nämlich den rumänischen oder ukrainischen Teil Ostgaliziens von Österreich abzutrennen, um das Zentrum ukrainischer Kultur zu veranlassen und das Aufgehen der Ukrainer im Großrussentum zu erreichen. Bedenkt man, daß durch letzteres die Hauptmasse der Bevölkerung von 70 Millionen auf 100 Millionen gestiegen wäre und diese Hauptmasse den reichsten Teil Rußlands, die Ukraine, umfaßt hätte, so sieht man, daß dieser Zweck kaum minder wichtig erscheinen mußte, als der der Erreichung des freien eisernen Mittelmeeres.

Seinen Zweck suchte Rußland erst durch Schaffung eines Großbulgariens zu erreichen. Als aber hauptsächlich an dem Widerspruch der Engländer, der Friedensvertrag von St. Stefano geschloß, kam auf dem Berliner Kongreß die bis 1912 bestehende Staatenordnung auf dem Balkan zustande, in der z. B. Länder teile mit bulgarischer Bevölkerungsmajorität in Serbien einbezogen wurden und infolge der russischen Selbstsucht die bulgarische Dobrußa an Rumänien kam als Ersatz des von Rußland seinen Helfern, den Rumänen, wegenommenen Bessarabiens. Gegen den Willen Rußlands erfolgten keine Veränderungen, wie die Vereinigung Ostmakedoniens mit Bulgarien usw., die aber den in Berlin geschaffenen Zustand mehr formell als tatsächlich änderten. Die ungeklärten Verhältnisse der neuen Balkanländer, in denen Rußland fortwährend Intrigen aller Art nährte, haben es, als Rußland 1912 diese Länder zum Angriff auf die unbarbare und vom Tripolis Krieg hypnotisierte Türkei führte, wohl ermöglicht, der Türkei den ihr in Europa verbliebenen Besitz fast ganz zu entreißen. Aber sie haben den Keim in sich getragen für den zweiten Balkankrieg und für den Anschluß Bulgariens an die Zentralmächte.

So natürlich die Entwicklung der Dinge im Weltkrieg auf dem Balkan ist, so schmerzlich — wenn auch verdient — ist sie für Ruß-

land, dessen Ränke gegenüber der christlichen und offenen Politik der Zentralmächte zusehends wurden. Alle Balkanstaaten machten historische Rechte auf Mazedonien geltend, und vom historischen Recht ausgehend, könnte Bulgarien ebenfals ganz Serbien beanspruchen, wie umgekehrt. Ebenso „historisch“ berechtigt ist es, wenn Serbien sich vermaß, Bosnien für sich zu beanspruchen. Vom historischen Rechte ausgehend könnte Deutschland ebenfals ganz Italien für sich beanspruchen, wie Italien Dalmatien für sich beansprucht, weil es einmal Venedig gehörte. Der Beispiele ließen sich noch eine Menge anführen. Sie zeigen, daß das historische Recht keinen wirklichen Rechttitel abgeben kann für die Besitzergreifung eines Landes durch ein anderes, und das wollen wir uns gegenwärtig halten, wenn wir zu den Fragen im Osten Stellung nehmen.

Wollen wir die vorstehenden Betrachtungen auf die Schrift des Abgeordneten Cechelsky anwenden, so müssen wir ihm darin recht geben, daß er davor warnt, durch die eventuelle Teilung eines großen Teils der Ukraine zu Polen den Keim zu Zersplitterungen zwischen Völkern zu legen, die zusammenstehen sollen, um ihren Anschluß an den Westen gegen den alten Bedrücker im Osten zu verteidigen. Seine These: nur die Abtrennung auch der Ukraine würde Rußland so weit schwächen, daß es keine Gefahr für die friedliche Entwicklung Mitteleuropas und für den Weg Berlin—Bagdad mehr sein würde, ist richtig. Ebenso, daß Deutschland von einer selbständigen Ukraine die größten wirtschaftlichen Vorteile haben könnte, insbesondere, wenn es bei der Entscheidung derselben darauf achten würde — und das ist ja bei der gegenwärtigen Zeitperiode, die von wirtschaftlichen Interessen beherrscht wird, fast selbstverständlich —, daß der neue Staat ihm wirtschaftlich angelehnt oder angenähert würde.

Deutschland hat nicht gezögert, in Warschau eine polnische Universität und eine polnische technische Hochschule zu errichten — ja es hat beide schon eröffnet. Es hat in den Volksschulen und in den Gemeindevertretungen für die entsprechende Vertretung der nationalen und konfessionellen Minoritäten gesorgt und dadurch bewiesen, daß es keine Nationalität und keine Konfession benachteiligen will. Die österreichisch-ungarische Verwaltung hat in den bisherigen Gouvernements Chelm und Lublin das Ukrainische als Lehrsprache eingeführt (statt des Russischen, das die russische Regierung der ukrainischen Bevölkerung aufzwingt) und in allen Schulen, in denen sich 40 Kinder, sei es der ukrainischen, sei es der polnischen oder deutschen Sprache bedienen, erhalten diese den Unterricht in ihrer Muttersprache. Es hat somit das Ukrainische als Hauptsprache anerkannt, aber gleichzeitig auf Grund seiner reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der sprachlichen und nationalen Kämpfe verweigert, um den Schutz der Minoritäten zu incurgieren.

Wir können daraus schließen, daß sowohl Deutschland und auch Österreich-Ungarn ebenso den Polen wie den Ukrainern freundlich gegenüberstehen und beide fördern wollen. Der Satz in der Broschüre Cechelsky: „Der Pole ist für den Ukrainer ein ewiger Feind“, läßt darauf schließen, daß trotz dem besten Willen es kaum gelingen wird, Reibungen zwischen den beiden Nationen ganz zu vermeiden, wobei nur zu hoffen bleibt, daß es diese auf das geringste Maß zu beschränken gelingen wird. Was speziell die Schaffung einer von Rußland unabhängigen Ukraine anbelangt, so hängt die Lösung dieses dem Abgeordneten Cechelsky begreiflicherweise so am Herzen liegenden Problems von der Fortsetzung des russischen Feldzugs durch eine Offensive in die Ukraine ab, welche Offensive eine militärpolitische Notwendigkeit werden wird, wenn Rußland sich nicht ohne sie als besiegte zu erklären bereit sein wird. Der Abgeordnete Cechelsky rühmt in seiner Broschüre die Vorteile der Ukraine als Kriegsschauplatz gegenüber dem bisherigen russischen Kriegsschauplatz und ist richtig, daß mit der Befreiung der Ukraine Rußland ebenso in seinem Lebensnerv getroffen würde, als es bei Deutschland der Fall wäre, wenn ein Feind den deutschen Westen besetzt hätte.

Aber wir sehen die großen Schwierigkeiten nicht so sehr in der Schaffung neuer Staaten — das geht leicht, und die vielfachen Interessen, die dadurch gefördert werden, helfen solche neuen Staaten lebensfähig zu machen —, sondern in der Frage: Wie sichert sich der Gründer oder Befreier dagegen, daß sich der Befreite nicht später gegen ihn wendet? Das Beispiel Serbiens, das sich gegen seinen Protektor und Retter Österreich-Ungarn, und das Bulgariens, das sich gegen seinen Erzeuger Rußland, allerdings mit vollem Recht und von diesem provoziert, wandte, zeigen, wie leicht die Schaffung eines neuen Staates, aber wie schwer es ist, sich dessen Gefolgschaft zu sichern. Abgesehen von den erwähnten Grundprinzipien, bei der Schöpfung läßt sich da nur durch militärische Maßnahmen vorbeugen. Aber welcher Art sollen diese sein? Und welcher Art können diese sein, damit sie wirksam sind und doch den neuen Staat souverän lassen oder wenigstens souverän scheinen lassen?

Diese Probleme reihen sich an diejenigen, die Deutschland in der Türkei harren. Sie hat sich mutig und vertrauensvoll an Deutschlands Seite gestellt, um vor ihren alten Bedrängern geschützt zu werden und damit es möglich wird, ihre Wirtschaft zu modernisieren und ihre Provinzen zu Quellen des Reichtums und der Wohlfahrt für sie und uns zu gestalten. Man sieht, daß, abgesehen von der Lösung der Frage, wie die Freiheit der Meere gesichert werden kann, ungeheure Aufgaben im Osten und im Orient Deutschland und seiner Verbündeten harren.

Von den vielen Zahlenangaben in der Broschüre des Abgeordneten Cechelsky geben wir die nachfolgende Tabelle wieder, die die wirtschaftliche Bedeutung Polens und Nordwest-Rußlands einerseits und der Ukraine andererseits in der russischen Volkswirtschaft hervorhebt.

Produktionen	Ganz Rußland	Polen und N.-W.-Rußland	in %	Ukraine	in %	Polen u. N.-W.-Rußland zusammen
Getreide . . .	1.824.000.000 Pud	302.000.000 „	16,5	1.420.000.000 Pud	20	48,5 %
Wolgweizen . .	80.000.000 „	—	—	30.700.000 „	25	—
Steinkohle . .	1.500.000.000 Pud	330.000.000 „	21,0	1.170.000.000 Pud	78	99,0 %
Rohöl	500.000.000 „	12.000.000 „	2,50	332.000.000 „	70	72,50 %
Eis	118.000.000 „	—	—	66.500.000 „	50	—
Industrie . . .	725.000.000 „	—	—	500.000.000 „	80	—
Zusatz	5.714.000 „	—	—	4.000.000 „	70	—

Neues aus aller Welt.

Sensationeller Selbstmord. Im Dresdener Oberlandesgericht erhob sich der Rechtsanwalt Dr. Bette. Er war früher Vorsitzender des Auffichtsrates des Albert-Theaters, und aus dieser Zeit schwebt noch ein Prozeß, den er gegen die Albert-Theater-Gesellschaft wegen der Kosten früherer Prozesse angestrengt hatte. Am Samstag fand eine sehr lebhaft verlaufende Jugendversammlung in dieser Sache statt, die sich schließlich derart gestaltete, daß Dr. Bette erfuhr wurde, daß Verhandlungszimmer zu verlassen. Kurz darauf erhob er sich im Korridor des Gerichts. — Das Albert-Theater war früher eine königliche Bühne; nach Erbauung des neuen Schauspielhauses wurde es von einer Privatgesellschaft übernommen.

In ihr ging es so bunt zu, daß einer, der viel damit zu tun hatte, wohl nervös werden konnte.

Raubmord bei Stuttgart. Sonntag früh wurde im Feuerbacher Wald der Arbeiter Wehler aus Weil ermordet und seines Wochenslohnes beraubt aufgefunden. Es war ihm der Schädel eingeschlagen und der Hals abgeschnitten. Ein der Tat verdächtiger Mitarbeiter ist verhaftet worden.

Telegramme.

Ein englisches Linienschiff gesunken.

London, 9. Jan. (R. P. Nichtamtlich.) Die Admiralität gibt amtlich bekannt: Das Linienschiff „Edward VII.“ ist auf eine Mine gestoßen und mußte wegen des hohen Seegangs aufgegeben werden. Es sank bald darauf. Die Besatzung konnte das Schiff rechtzeitig verlassen. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen. Nur 2 Mann sind verlegt.

Das Schiff war 1903 gebaut. Es hatte eine Wasserdrängung von 17.800 Tonnen und war armiert mit 42 Geschützen, davon je vier 30,5 und 23,4 Zentimeter. Die Schnelligkeit betrug 19 Seemeilen und die Besatzung 780 Mann.

Wiesbadener Theater.

Kaisers Theater.

Montag, 10. Jan., 8 Uhr: Liederabend (Kammersängerin Rosetti und Kammersänger Wolf).
Dienstag, 11. Jan., 7 Uhr: „Die selige Erzengel“.
Mittwoch, 12. Jan., 7 Uhr: „Wo die Schwalben nisten . . .“
Donnerstag, 13. Jan., 7 Uhr: „Die selige Erzengel“.
Freitag, 14. Jan., 7 Uhr: „Wo die Schwalben nisten . . .“
Samstag, 15. Jan., 7 Uhr (Neuheit!): „Jahrmärkte in Poldnig“.
Sonntag, 16. Jan., 14 Uhr: „Ein toller Einfall“. Halbe Preise. — 7 Uhr: „Jahrmärkte in Poldnig“.

Königliches Theater.

Montag, 10. Jan., 7 Uhr: „Die gelehrten Frauen“. Darauf: „Der eingebildete Kranke“.
Dienstag, 11. Jan., 7 Uhr: „Tiefland“.
Mittwoch, 12. Jan., 8½ Uhr: „Der Rosenkavalier“.
Donnerstag, 13. Jan., 7 Uhr: „Die Fledermaus“.
Freitag, 14. Jan., 7 Uhr: „Die große Pause“.

Städtische Kohlenverförgung für Minderbemittelte.

Der Magistrat hat mit hiesigen Kohlenfirmen ein Abkommen getroffen, um die Kohlenversorgung der minderbemittelten Einwohner der Stadt zu einem mäßigen Preise sicherzustellen.

Diejenigen Einwohner, deren Brotausweis auf der Vorderseite einen Stempel nicht aufweist, sind berechtigt, Fettschrotkohlen mit ca. 30% Stücken zu kaufen, und zwar frei Haus, in Säcken angeliefert zum Preise von **RM. 1.50** für einen Zentner.

Die Bestellung erfolgt unter Vorzeigung der Brotausweis gegen Barzahlung bei den Firmen:

Kohlen-Verkaufsgesellschaft, Bahnhofstraße 1,
Kohlen-Konsum „Glückauf“ Carl Ernst, am Römertor,
Hengstenberg & Wiener, am Westbahnhof.

Ab Lagerplatz Rheinstraße (alte Artilleriekaserne) erhalten Personen, die durch das Kriegsfürsorgeamt und das Kriegsunterstützungsamt unterstützt werden, die gleiche Sorte Kohlen zu ermäßigten Preisen.

Der Magistrat.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden
Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.
Billige Speisen und Getränke.

Kegebahn und angenehme Aufenthaltsräume. Für alle Fremden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen. 01879

Zeitgemäße Partei-Literatur.

Der deutsch-französl. Krieg 1870/71.

Sonderdruck aus „Die Welt in Waffen“.
Von Hugo Schulz, Kriegserklärer im Ober- und Hauptquartier.
310 Seiten großes 4.° Format. 240 Bilder und Dokumente.
Gut gebunden 3 Mark.
Eine wahrheitsgetreue, von einem Sozialdemokraten gegebene Schilderung des deutsch-französl. Krieges nach zur Zeit des gewaltigen Weltkrieges besonders Interesse erwecken.

Deutsch-Französlisch + Deutsch-Polnisch.

Zwei Sprachbüchlein für Feldsoldaten. Preis je 15 Pf.
Die große Anzahl der Bezeichnungen, die direkt aus dem Felde erfolgen, zeigt die Nützlichkeit der Bette für unsere Soldaten. Als Beleg werden die Sprachführer sehr willkommen gehalten werden. Der Versand ins Feld erfolgt portofrei.

Krieg und Sozialdemokratie.

Drei Aufsätze von Konrad Haenisch. — Preis 25 Pf.

Imperialismus und Demokratie.

Ein Wort zum Weltkrieg von H. Laufenberg und Dr. Wolffheim. Preis 30 Pf.

Amerikan. Stimmen über den Weltkrieg.

Von Prof. Runo Brantz. — Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme
Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17.